

Antrag

öffentlich

Datum

28.02.2007

Nummer

A0039/07

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herrn Ansorge

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

15.03.2007

Kurztitel

Auswirkungen von Eingemeindungen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung erarbeitet bis Mai 2007 eine Informationsvorlage, aus der eine Bewertung der kurz- und mittelfristigen Auswirkungen von Eingemeindungen hervorgeht. Dabei soll einerseits detailliert dargestellt werden, wie sich die freiwilligen Eingemeindungen von Randau-Calenberg 1994 und Beyendorf-Sohlen 2001 auf den Haushalt der Landeshauptstadt ausgewirkt haben. Andererseits ist detailliert darzustellen, welche Konsequenzen mögliche Eingemeindungen von Barleben und Sülzetal hätten. Dabei ist nicht nur die Einnahme-, sondern auch die Ausgabeseite bspw. für die zusätzliche öffentliche Infrastruktur und deren Unterhaltung zu berücksichtigen.
2. Diese Informationsvorlage wird Juni 2007 im Finanz- und Grundstücksausschuss, dem Verwaltungsausschuss, dem Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten (KRB) und dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB) beraten.

Begründung:

Angesichts der durch das Landesverwaltungsamt vorgegebenen zusätzlichen Einsparsumme im Haushalt der Landeshauptstadt 2007 und der in diesem Zusammenhang ins Gespräch gebrachten Zwangseingemeindungen ist es notwendig, dass dem Stadtrat als Grundlage möglicher Entscheidungen Kostenübersichten zur Verfügung gestellt werden, die helfen, das Für und Wider abzuwägen. Es muss deutlich werden, ob höhere Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) und/oder höhere Gewerbesteuererinnahmen die zusätzlichen Kosten decken.

Holger Franke
Fraktionsvorsitzender